

**Einladung
zur 6. Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am Dienstag, dem 08.03.2022,
um 17:00 Uhr in der Aula der Gesamtschule Emmerich am Rhein,
Paaltjessteeg 1, 46446 Emmerich am Rhein**

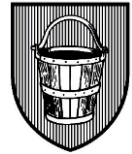
T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

- | | |
|---|---|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 25.01.2022 |
| 3 | 05 - 17 0574/2022 Teilnahme an der Solarstrom-Challenge "Wattbewerb-Faktor 2";
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 4 | 05 - 17 0575/2022 Umstellung des städt. Fuhrparks auf E-Mobilität und
Wasserstoffantriebstechnik;
hier: Antrag Nr. XXIII an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein |
| 5 | Mitteilungen und Anfragen |
| 6 | Einwohnerfragestunde |

46446 Emmerich am Rhein, den 22. Februar 2022

Sabine Siebers
Vorsitzende



TOP	_____
Vorlagen-Nr.	Datum

Verwaltungsvorlage	öffentlich	05 - 17	14.02.2022
		0574/2022	

Betreff

Teilnahme an der Solarstrom-Challenge "Wattbewerb-Faktor 2";
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	08.03.2022
--------------------------------------	------------

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt die Teilnahme an der bundesweiten Solarstrom-Challenge „Wattbewerb Faktor 2“.

Sachdarstellung :

Es wird Bezug genommen auf den Antrag an den Ausschuss für Umwelt und Klima, welcher im Frühjahr 2021 von der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN eingegangen ist. Ziel war dabei, der Beschluss, an der Solarstrom-Challenge teilzunehmen und die Inhalte sowie Ergebnisse dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Bei dem [Wattbewerb](#) handelt es sich um einen bundesweiten Wettbewerb, bei welchem Städte und Gemeinden kostenlos teilnehmen können.

Ziel ist, die Energiewende und damit den Klimaschutz voranzutreiben. Konkret geschieht dies durch die Formulierung der Spielregeln/Spielgewinner: In verschiedenen Kategorien (Großstadt, Stadt, Gemeinde) gewinnt die Kommune, welche die höchste PV-Zubaurate während des Wettbewerb-Zeitraumes erreicht hat. Der Wettbewerbszeitraum ist definiert durch den Spielbeginn (21.2.2021) und das Spielende (Zeitpunkt, bei welchem die erste Großstadt den PV-Zubau verdoppelt und dabei min. 0,2 kWp/Einwohner erreicht hat). Dabei zählen alle Arten von PV-Modulen.

Es werden Quartalsieger für verschiedene Kategorien gekürt. Diese Siegerkommunen werden öffentlichkeitswirksam hervorgehoben und haben die Gelegenheit innerhalb eines Steckbriefes besondere Aufmerksamkeit zu erlangen.

Die Daten werden durch das Marktstammdatenregister erhoben.

Unterstützt wird die Challenge u.a. von Fossil Free Karlsruhe, parents 4 future, fridays for future, scientists for future. Die große Teilnehmerzahl von derzeit 171 Kommunen verdeutlicht, dass ebenfalls eine breite Unterstützung auf politischer Ebene stattfindet.

Nach Rücksprache mit dem Veranstalter ist auch ein jetziger Einstieg noch absolut sinnvoll. Ein Spielende wird erst in 2-3 Jahren erwartet. Nach offiziellem Ende des Wattbewerbs ist ein Weiterführen des Projektes geplant.

Beteiligungssituation in NRW (Kommunen des Kreises Kleve sind hervorgehoben):

Aachen, Alsdorf, Arnsberg, Baesweiler, Billerbeck, Bonn, Borgholzhausen, Borken, Bornheim, Coesfeld, Dorsten, Dortmund, Drensteinfurt, Dülmen, Düsseldorf, Emsdetten, Gelsenkirchen, Gütersloh, Halle (Westf.), Halver, Hamm, Heiden, Heiligenhaus, Herford, Herten, Ibbenbüren, Kempen, Kierspe, **Kleve**, Krefeld, Köln, Lemgo, Lippstadt, Löhne, Lüdinghausen, Lünen, Moers, Mülheim an der Ruhr, Münster, Nettetal, Neukirchen-Vluyn, Oelde, Olfen, Paderborn, Pulheim, Ratingen, Recklinghausen, Reken, Rheinberg, Rheine, **Rheurdt**, Rietberg, Schloß Holte-Stukenbrock, Schwerte, Siegburg, Siegen, Soest, Spenge, Sprockhövel, Steinhagen, Tönisvorst, Verl, Viersen, Warburg, Werne, Werther (Westf.), Willich, Wuppertal, Wülfrath, Würselen

Die Berichterstattung der RP¹, verdeutlicht, dass beispielsweise die Städte des Kreises Viersen mit Erfolg am Wattbewerb teilnehmen. Dort machen sich gestiegene Zubauraten von PV-Anlagen (40%) deutlich bemerkbar. Es bildeten sich lokale Gruppen, die Überzeugungsarbeit im Zuge von kostenlosen und neutralen Bürgersolarberatungen leisten.

Die Stadtverwaltung ist der Teilnahme gegenüber positiv gestimmt. Gemeinsam mit den Stadtwerken wird ein Projektrahmen auf Basis bestehender Programme (z.B. Mein Sonnenstrom) erarbeitet.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme hat keinen finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 3.1.

In Vertretung

Dr. Wachs
Erster Beigeordneter

Anlagen:

Anlage 1 zu Vorlage 05-17 0574 Antrag an den Umweltausschuss Solarstromwettbewerb

Anlage 2 zu Vorlage 05-17 0574 Faktor2 - Eine Initiative von Fossil Free Karlsruhe

Anlage 3 zu Vorlage 05-17 0574 Wettbewerb Checkliste Aktivisti



Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Emmerich
Geistmarkt 1, 46446 Emmerich am Rhein

Antrag an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Emmerich**

Im Rathaus
Geschäftszimmer
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein

Tel.: 02822 52249
Fax: 02822538293
www.gruene-emmerich.de

Emmerich am Rhein, den 26.3.2021

Die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz möge beschließen und dem Rat zur Entscheidung vorlegen:

Die Stadt Emmerich am Rhein nimmt an der landesweiten Solarstrom-Challenge „Wettbewerb-Faktor 2“ teil.

Ziel dieser Challenge ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu privatem Engagement zu ermuntern und den Anteil an Solarstrom innerhalb des Wettbewerbszeitraums zu verdoppeln. Um die Energiewende als Teil des Klimaschutzes konkret voranzutreiben, sollten möglichst viele Dächer in unserer Stadt mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Damit würde der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energieformen deutlich steigen.

Nähere Informationen zu dem Wettbewerb, der u.a. auch von fridays for futur unterstützt wird finden sich unter <http://faktor2.solar/staedte-challenge/>

Sabine Siebers

Fraktionsvorsitzende



FAKTOR2
EINE INITIATIVE VON FOSSIL FREE KARLSRUHE

Juli 2020

HINTERGRUND

Die Folgen des von den Menschen verursachten Klimawandels sind längst nicht mehr von der Hand zu weisen. Alle Wissenschaften, die sich mit dem Themenkomplex befassen, sind sich einig: Beschreiten wir weiter den bisherigen Entwicklungspfad, besteht eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass ein Kippen des Klimas zur Unbewohnbarkeit weiter Teile unseres Planeten für den Menschen führt. Klimaschutz ist damit eine Überlebensfrage.

Waren die Energiesysteme früher noch an zentral organisierten Strukturen mit Großkraftwerken ausgerichtet, bei denen die BürgerInnen nur passive StromverbraucherInnen waren, wird die Energieversorgung der Zukunft dezentral, regional, an kleinen Einheiten orientiert und bürger*innenfreundlich sein. Beste Voraussetzungen für die Erneuerbaren Energien also. Photovoltaik und Solarthermie sind dafür wichtige Bausteine. Sie sind gesellschaftlich und technisch etabliert. Umso unverständlicher ist es, dass leider entscheidende Teile der Politik die Energiewende aktiv hintertreiben und auf Drängen der Fossil-Lobby verzweifelt versuchen, an überkommenen und ökologisch schädlichen Strukturen festzuhalten.

ZIEL

Wir wollen die Energiewende als Teil des Klimaschutzes konkret vorantreiben. Dafür wollen wir erreichen, dass möglichst schnell möglichst viele Dächer in Karlsruhe und in Deutschland mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet werden und damit der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energieformen deutlich ansteigt.

Wir setzen uns für Regeln und Gesetze ein, die Photovoltaik fördern und Hemmnisse für den Ausbau reduzieren. Wir wollen Arbeitsplätze in den Erneuerbaren Energien erhalten und schaffen. Wir wollen die Energiewende in Bürger*innenhand insbesondere im Bereich der Photovoltaik beschleunigen. Wir leisten Überzeugungsarbeit und begeistern Bürger*innen von der Sinnhaftigkeit, der Machbarkeit und der Wirtschaftlichkeit der Photovoltaik. Wir motivieren Bürger*innen, auch durch eigenes vorbildhaftes Handeln, selbst Photovoltaik-Anlagen zu installieren und dafür zu werben. Wir richten uns an Politik und Verwaltung der Stadt Karlsruhe, unsere Ideen aufzugreifen und umzusetzen.

Unsere lokalen Partner dabei sind *Quartier Zukunft - Labor Stadt*, ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt des Karlsruher Instituts für Technologie

(KIT), und *Energietransformation im Dialog*, ein Projekt des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) beim KIT. Ebenso unterstützt uns unsere Mutterorganisation Fossil Free Deutschland.

Wir wollen weitere Gruppierungen und Organisationen für ein gemeinsames Engagement für Solarkraft gewinnen.

VORAUSSETZUNGEN

Deutschland verfügt über ein großes Potential für mehr Strom aus Solarenergie, das Wissen über deren Einsatz ist fest etabliert. Die Sonne strahlt von alleine, geeignete Dächer gibt es zuhauf, dazu Fachbetriebe, Förderung und Finanzierungskonzepte. Solarenergie rechnet sich, individuell und gesellschaftlich. Gerade bei Anlagen auf den Dächern und an Balkonen ist das Konfliktpotential sehr gering, Energiegewinnung aus Sonnenschein ist gesellschaftlich anerkannt und trägt damit zum sozialen Frieden bei.

In Karlsruhe betreibt die Stadtverwaltung ein Solarkataster, das Auskunft über Dachflächen im Stadtgebiet gibt, die für die Nutzung der Solarenergie geeignet sind. 53.000 Dächer kommen dafür in Frage, lediglich gut 2.000 Solaranlagen sind derzeit installiert. Dabei lässt sich mit dem konsequenten Ausbau etwa doppelt soviel Strom erzeugen wie die Karlsruher Bevölkerung zu Hause verbraucht. Die Haushalte in der Stadt benötigen jährlich etwa 350 Millionen Kilowattstunden Strom, die potentielle Ausbeute bei Photovoltaik beläuft sich dagegen auf bis zu 700 Millionen Kilowattstunden. Davon kann auch die E-Mobilität in der Stadt profitieren, lassen sich doch so auch der öffentliche Nahverkehr und Ladestationen versorgen.

Den gesetzlichen Rahmen für die Energiewende in Deutschland setzte das Erneuerbare-Energien-Gesetz aus dem Jahr 2000, das die damalige rot-grüne Bundesregierung auf den Weg brachte. Die Energiewende wurde zum Erfolgsmodell, das Nachahmer in aller Welt fand. Träger der Wende waren nicht zuletzt BürgerInnen selbst, die damit in Konkurrenz zu Erzeugern von fossiler Energie wurden. Hunderttausende Arbeitsplätze vor allem im Mittelstand hängen an den Erneuerbaren Energien. Veränderungen späterer Regierungen unter dem Einfluss der Fossil-Lobby führten zur Verschlechterung der Bedingungen für die Erneuerbaren Energien, sollten BürgerInnen abschrecken und zerstörten zehntausende Arbeitsplätze.

Die Novelle der Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU (EE-RL) aus dem Jahr 2018, die die Mitgliedsstaaten bis zum 30. Juni 2021 umsetzen müssen,

orientiert sich am Leitbild des Prosumers. Danach sind BürgerInnen gleichzeitig Erzeuger und Verbraucher von Strom. Die Richtlinie garantiert BürgerInnen und Energie-Gemeinschaften umfassende Rechte.

UMSETZUNG

Wir setzen uns für unser Ziel langfristig auf zwei Feldern ein:

- Ein Schwerpunkt und Experimentierraum in bestem Sinne ist das Projekt *Sonnenstand* in der Karlsruher Oststadt. Sie ist im Fokus des Projekts *Quartier Zukunft*, das sich als Reallabor schon seit 2012 mit der nachhaltigen Entwicklung des Stadtteils beschäftigt. Wir entwickeln dort eine Reihe von Maßnahmen, mit denen wir unsere Ziele wirksam erreichen können.
- Mit einer Städtechallenge wollen wir einen Wettbewerb zwischen Städten im deutschsprachigen Raum um den schnellsten Ausbau von Photovoltaik-Anlagen ins Leben rufen. Damit wollen wir zunächst eine Verdopplung der Kapazitäten erreichen – eben Faktor2. Dafür treten wir in Kontakt mit den Verwaltungsspitzen der Städte und NGOs und Solarinitiativen vor Ort. Zur medialen Begleitung lassen wir einen Videoclip produzieren.

LINKS

Fossil Free Karlsruhe <https://fossilfreeka.de/>

Faktor2 <https://faktor2.solar/>

Faktor2 Videoclip Entwurf <https://youtu.be/Blkw61Qc3F0>

Sonnenstand <https://www.dialog-energie.de/formate/realexperimente/sonnenstand-hintergrund/>

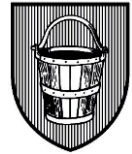
Solarkataster Stadt Karlsruhe
<https://www.gpm-webgis-10.de/geoapp/solarkataster/karlsruhe/>

Solaratlas Landkreis Karlsruhe <http://www.solarpotenzial-kreiska.de/>

Checkliste für Aktivisten



1. Vernetze Dich mit möglichst vielen Engagierten aus den for Future Gruppen und Klima- bzw. Umweltschutzorganisationen. Motiviert Eure Stadt zum Mitmachen beim **Wattbewerb**.
2. Informiere Dich auf der Website über den Ablauf und den Anmeldeprozess: <https://faktor2.solar/>. bzw. demnächst auf unserer neuen Webseite <https://wattbewerb.de/>
Tausche Dich in der WhatsApp Gruppe (*Einladungslink über Website abrufbar*) mit anderen Teilnehmenden der StädteChallenge aus.
3. Überzeugt die/den Bürgermeister*in, die Fraktionen und einzelne Ratsmitglieder von einer Anmeldung der Stadt. Wichtige Argumente, um die Politik zu überzeugen, sind:
 - Teilnahme der Stadt ist kostenfrei und fast personalneutral
 - Beitrag zum Erreichen des Pariser Abkommens auf lokaler Ebene
 - Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern
 - Wirtschaftsförderung durch private Investitionen ins Handwerk: Elektriker, Solarmonteure, Gerüstbauer und Dachdecker
 - Industrieansiedlung durch Speichertechnik und Herstellung von grünem Wasserstoff
 - Unterstützung für den Ausbau von E-Mobilität
 - Prestigezugewinn durch positive Presse
 - Wertschöpfung durch Energiekostensenkung und Gewinnabschöpfung in der Region
 - Bei Produktion in Deutschland entstehen Industriearbeitsplätze vor Ort
 - Bei Import von Solaranlagen Verbesserung der Außenhandelsbilanz
 - Abwehr von Klimawandelfolgekosten
 - *Euch fallen bestimmt noch 100 Gründe ein! ☺*
4. Übermittelt uns (info@wattbewerb.de) ein freigegebenes Bild Eurer Stadt, eines Wahrzeichens, eines Symbols, das in der Stadt erkannt wird und ein Logo der federführenden Organisation(en).
5. Vernetzt Euch mit möglichst vielen NGOs in der Stadt und überlegt, wie ein stärkerer Photovoltaik-Zubau erreicht werden kann. Eine Möglichkeit ist, nach Prioritäten vorzugehen: Firmenansprache in Gewerbegebieten für große Dachflächen, Investoren finden, Netzwerke nutzen und Unternehmensvereinigungen ansprechen, Stadtmarketing einbeziehen, lokale Messen besuchen, IHK für Fachkräfteausbildung gewinnen.
6. Nutzt die Presse vor Ort. Macht Pressemitteilungen und erklärt das Spiel. Macht deutlich, was die eigene Stadt durch Photovoltaik und die Teilnahme gewinnen kann.
7. Lasst euch nicht von euren Nachbarstädten entzweien. Jede Stadt, die am Wettbewerb teilnimmt, möchte gewinnen und investiert in Solarenergie. Gleichzeitig gewinnen wir alle, wenn viele Städte sehr aktiv werden. Also verbündet euch mit den Nachbarstädten oder Kreisen und helft euch gegenseitig.
8. Gebt Rückmeldungen an das Organisationsteam von Faktor2 und helft auch entfernten Städten, von euren Erfahrungen zu profitieren und profitiert von deren Erfahrungen.



TOP	_____
Vorlagen-Nr.	Datum

Verwaltungsvorlage	öffentlich	05 - 17	14.02.2022
		0575/2022	

Betreff

Umstellung des städt. Fuhrparks auf E-Mobilität und Wasserstoffantriebstechnik;
hier: Antrag Nr. XXIII an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	08.03.2022
--------------------------------------	------------

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachdarstellung :

Die SPD beantragt:

1. Das Zecks Verbesserung der CO₂-Bilanz Emmerichs der städtische Fuhrpark auf nicht-verbrennungsmotorbetriebene Fahrzeuge umgestellt wird. Es sollen sukzessive ein Austausch der Fahrzeuge vorgenommen werden. Dabei sollen Fördermöglichkeiten geprüft und berücksichtigt werden.
2. Die Neuanschaffung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren soll angesichts der Anforderungen eines klimagerechten städtischen Handelns als obsolet betrachtet werden.
3. Bei der Herstellung des Ladestroms für E-Fahrzeuge sowie die Herstellung des Wasserstoffes soll nicht auf fossile Stromquellen zurückgegriffen werden.

Sachdarstellung der Verwaltung:

Die Energie- und Verkehrswende ist eine der wesentlichen Aufgaben für die kommenden Jahrzehnte und möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Das Erreichen der Klimaziele ist insbesondere in diesem Sektor extrem gefährdet¹. Dabei ist die Elektromobilität ein Baustein für ein nachhaltiges und ressourcenschonendes Mobilitätssystem – und bietet enorme Chancen. Städte und Kommunen haben verschiedene Möglichkeiten, eine (Elektro-) Mobilitätsstrategie zu entwickeln und umzusetzen.

Dabei spielt auch die Elektromobilität der kommunalen Flotte eine Rolle. In diesem Fall nimmt eine Stadt gegenüber den Bürger*innen eine starke Position und eine Vorbildfunktion ein. Autohersteller und Regierungen setzen immer mehr auf E-Mobilität sodass die Stadt Emmerich am Rhein dem positiven Trend im Sinne des Klimaschutzes folgen möchte. So wird bereits daran gearbeitet, zwei E-Autos für den städtischen Fuhrpark anzuschaffen. Abgeschriebene und nicht mehr einsatzfähige Fahrzeuge werden in diesem Fall durch zwei E-Autos ersetzt. Zudem werden im gleichen Zuge bereits eine Ladeinfrastruktur für drei Ladepunkte eingerichtet, welche mithilfe der Stadtwerke Emmerich GmbH angeschlossen werden sollen. Somit wird der verwendete Ladestrom größtenteils aus alternativen erneuerbaren Energien bestehen.

Für diese Umsetzung werden Fördermittel der sogenannten Billigkeitsrichtlinie NRW verwendet. Die Richtlinie sieht Kommunen als wichtige Akteure an, um die Klimaschutzziele – Treibhausgasneutralität 2045 - zu erreichen.

Wichtige Klimaschutzmaßnahmen haben sich in der Pandemie verzögert oder sind ganz ausgeblieben. Somit leistet, das Land NRW durch die Billigkeitsrichtlinie Kompensationsleistungen, damit die Kommunen auch jetzt Klimaschutzinvestitionen anstoßen können. Die nach Beantragung und Bewilligung gezahlten Kompensationsleistungen werden als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt. Die Stadt Emmerich hat bereits einen Antrag gestellt und wartet auf die Bewilligung. Nach der Bewilligung sind die beantragten Maßnahmen grundsätzlich bis spätestens zum 31.12.2023 umzusetzen. Daher arbeitet die Verwaltung bereits an der Umsetzung und auch an Möglichkeiten der Fristverlängerung, welche aufgrund von Lieferengpässen erforderlich sein kann. Bestellungen bzw. Beauftragungen sind jedoch erst nach Erhalt der Bewilligung zu erteilen.

Ferner ist natürlich auch zukünftig das Bestreben der Stadt Emmerich am Rhein groß, den städtischen Fuhrpark sukzessive auf Fahrzeuge mit alternativen, vorerst nur elektrifizierten ,

Antrieb umzustellen. Die im Antrag erwähnten Fahrzeuge mit einer Wasserstofftechnik werden nicht grundsätzlich ausgeschlossen, jedoch erst einmal aufgrund von vergleichsweise hohen Anschaffungskosten der Fahrzeuge (z.B. Toyota MIRAI Basis von mindestens 64.000 Euro) und der zurzeit noch nicht vorhandenen Ladeinfrastruktur (nächste Ladestationen in Arnheim oder Duisburg) zurückgestellt.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme hat keine finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

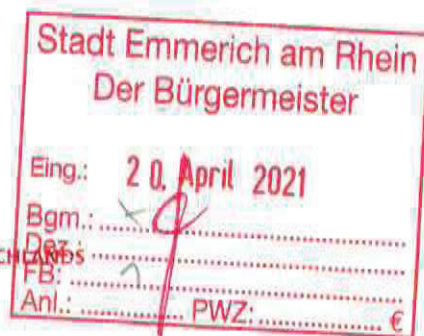
Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 2.5.

In Vertretung

Dr. Wachs
Erster Beigeordneter

Anlage:
Anlage zu Vorlage 05-17 0575 Antrag



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHER
RATSFRAKTION EMMERICH AM RHEIN**

SPD-Ratsfraktion Emmerich am Rhein • Geistmarkt 1 (Rathaus) • 46446 Emmerich am Rhein

An den
Rat der Stadt Emmerich am Rhein
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein

SPD-Ratsfraktion Emmerich am Rhein
 Fon: 02822 / 75-1996
ratsfraktion@spd-emmerich.de
www.spd-emmerich.de

Emmerich am Rhein, 19.04.2021

Umstellung des städtischen Fuhrparks auf E-Mobilität und Wasserstoffantriebstechnik

Antrag:

Der Rat der Stadt Emmerich möge beschließen, zwecks Verbesserung der städtischen CO₂-Bilanz den hauseigenen Fuhrpark nach Maßgabe der geplanten Abschreibungsfolgen sukzessive durch nicht-verbrennungsmotorgetriebene Fahrzeuge zu ersetzen. Entsprechende Förderanträge sind hierbei zu eruieren.

Begründung:

Die Neuanschaffung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren darf angesichts der Anforderungen eines klimagerechten städtischen Handelns als obsolet betrachtet werden.

In der Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Kommunalbetrieben und Stadtwerken ist dafür Sorge zu tragen, dass bei der notwendigen Neuanschaffung von Fahrzeugen jedweder Nutzung die CO₂-Belastung ein vorrangiges Kriterium sein muss. Neufahrzeuge sollten nur noch als E-Fahrzeuge oder als Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb angeschafft werden, wobei darauf zu achten ist, dass die Herstellung des Ladestroms für die E-Fahrzeuge und die Herstellung des Wasserstoffs nicht auf fossile Stromquellen zurückgreifen.

Die Umsetzung dieser klimapolitischen Maxime erfordert eine konzeptionelle Vorarbeit mit dem Ziel, durch gezielte Akquise von Fördergeldern die Umstrukturierung des Fuhrparks ohne übermäßige, punktuelle Belastung des städtischen Haushalts zu realisieren.

Ääler

Manfred Mölder
Fraktionsvorsitzender